

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1964

In diesen Wochen führt das Zusammentreffen von herbstlicher Saisonspitze und unverminderter konjunktureller Expansion zu neuen Produktionsrekorden. Dabei bewegt sich die *Exportkonjunktur*, die im vergangenen Jahr den erneuten Konjunkturaufschwung auslöste und bis zum Sommer dieses Jahres geradezu stürmisch verlief, jetzt in einer etwas langsameren Gangart. Der Schwerpunkt hat sich mehr und mehr zu der *inländischen Unternehmensnachfrage* nach *Investitionsgütern* und den für die Investitionen erforderlichen Erzeugnissen der *Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie* verlagert. Große Gewinnsteigerungen und hohe Gewinnerwartungen haben, verbunden mit der Sorge vor längeren Lieferfristen und erhöhten Preisen bei späterer Bestellung, zu einer beachtlichen Aufstockung der Investitionspläne und ihrer rascheren Realisierung geführt. Vom *privaten Verbrauch* gingen dagegen kaum verstärkende Impulse aus. In diesem Bereich beschleunigte sich das Wachstumstempo nur sehr langsam, und es blieb weiterhin hinter der durchschnittlichen Entwicklung zurück. Ausschlaggebend hierfür ist in erster Linie, daß die Löhne und Gehälter — im bisherigen Verlauf dieses Jahres jedenfalls — erheblich weniger angestiegen sind als die Gewinne der Unternehmen. Außerdem sparen die privaten Haushalte einen größer werdenden Anteil ihres Nettoeinkommens.

Die *Angebotsseite* zeigt nach wie vor eine beachtliche Elastizität; eine bessere Ausnutzung der Kapazitäten und — durch fertiggestellte Investitionsvorhaben — wachsende Produktionsmöglichkeiten trugen hauptsächlich dazu bei. Das starke Produktionswachstum beruht fast ausschließlich auf einem unverändert großen Produktivitätsfortschritt. Aber auch die *Einfuhr* nahm in den letzten Monaten stärker zu und erhöhte das Angebot.

Dagegen mußten bei der *Ausfuhr* seit dem Sommer abnehmende Zuwachsraten und im August sogar ein absoluter Rückgang verzeichnet werden. Infolgedessen waren die Außenhandelsüberschüsse nicht mehr so extrem und für die Preisstabilität gefährlich hoch wie in der ersten Hälfte des Jahres.

Die Konjunktur läuft gegenwärtig zwar auf hohen Touren, aber sie ist noch keineswegs übersteigert. Allerdings wurden viele Preise in letzter Zeit heraufgesetzt, obwohl die Kostenentwicklung bisher fast überall günstig war und keinen Anlaß zu Preiserhöhungen gab.

Dies ist ein Ausdruck der stärker werdenden Verkäuferposition auf vielen Märkten. Bei anhaltender konjunktureller Expansion und bei größer werdenden Spannungen zwischen der Nachfrage und dem Angebot sind deshalb erhebliche Preissteigerungen zu befürchten. Es ist Aufgabe der amtlichen Wirtschaftspolitik, diese Preissteigerungen zu bekämpfen und konjunkturelle Übersteigerungen zu verhindern.

Stark zunehmende Gewinne

Wie sehr sich die Ertrags- und Gewinnsituation der Unternehmen verbessert hat, geht aus den von der Bundesbank vorgenommenen Berechnungen über das „Sozialprodukt einkommen im ersten Halbjahr 1964“ (veröffentlicht im Monatsbericht der Bank für September) hervor. Danach stieg das „Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ vom 1. Halbjahr 1963 bis zum 1. Halbjahr 1964 um 13,6 vH an. Im 2. Halbjahr 1963 hatte die Zuwachsrate vergleichsweise 9,7 vH und im ganzen Jahr 1963 sogar nur 2,1 vH betragen. Da die Selbständigen die Einkommensteile, die sie für ihren privaten Verbrauch verwenden, im 1. Halbjahr 1964 nur um 7,3 vH erhöhten, ergibt sich bei den *nichtentnommenen Gewinnen* ein enormer Zuwachs: Diese zur Investitionsfinanzierung verwendeten Gewinnteile waren im 1. Halbjahr 1964 fast um die Hälfte (+ 48,1 vH) größer als im gleichen Vorjahrszeitraum.

Diese Erweiterung des Finanzierungsspielraums hat — neben dem Zwang zur Rationalisierung und den gestiegenen Gewinnerwartungen — wesentlich zu der verstärkten Investitionstätigkeit beigetragen. Insgesamt stiegen die Ausgaben für *Bruttoanlageinvestitionen* im 1. Halbjahr 1964 um 17,5 vH an. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß im Vergleichszeitraum, im 1. Halbjahr 1963, während der damaligen ungewöhnlich harten Wintermonate die Bautätigkeit fast zum Erliegen kam. Infolgedessen ist die Zuwachsrate bei den Bauinvestitionen um 23,8 vH besonders hoch. Die konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich vielmehr bei den Ausgaben für *Ausrüstungsinvestitionen* (Maschinen, Motoren, elektrotechnische Anlagen usw.) richtig wider; sie erhöhten sich um 11,6 vH.

Demgegenüber blieb der *private Verbrauch* mit einer Zuwachsrate von 8,1 vH zurück. Das lag, wie erwähnt, daran, daß die Zunahme der verfügbaren Einkommen unterdurchschnittlich war — + 9,5 vH bei einem Sozialproduktzuwachs von 10,5 vH — und daß ein größerer Anteil des Einkommens gespart wurde; die privaten Haushalte sparten im 1. Halbjahr 1964 etwa 22 vH mehr als im gleichen Vorjahrszeitraum.

Die Bundesbankberechnung läßt für dieses Jahr ein sprunghaftes Ansteigen des Sozial-

Produkts erkennen. Dabei wird die 400-Mrd.-DM-Marke weit überschritten werden. Wahrscheinlich wird sich das *Bruttosozialprodukt* in diesem Jahr um nahezu ein Zehntel erhöhen. Im 1. Halbjahr 1964 betrug die Zuwachsrate *nominal* — in jeweiligen Preisen gerechnet — 10,5 vH. und *real* — nach Ausschaltung des Preisanstiegs — immer noch 8,5 vH. Allerdings haben sich hierbei Sondereinflüsse ausgewirkt, nämlich die schon erwähnte Produktionsbehinderung durch das harte Frostwetter im Bezugszeitraum. Die Bundesbank schätzt, daß ohne diese Sondereinflüsse die *reale* Wachstumsrate aber immer noch bei gut 6 vH liegen würde.

Wird untersucht, worauf der *reale* Sozialproduktzuwachs von 8,5 vH zurückzuführen ist, dann stellt sich heraus, daß die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden um etwa 1,5 vH angestiegen ist, größtenteils durch eine Zunahme der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl (um knapp 1 vH). Weit mehr hat indessen der *Produktivitätsfortschritt* zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Er belief sich — gemessen am Sozialprodukt je Erwerbstätigenstunde — auf 7 vH, verglichen mit gut 5 vH im 2. Halbjahr 1963 sowie in den Jahren 1962 und 1961.

Beruhigung im Exportgeschäft

Im Exportgeschäft machen sich die Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Konjunkturübersteigerungen in Italien und neuerdings auch — jedoch in geringerem Umfang — in Frankreich bemerkbar. Das läßt sich am deutlichsten an den Außenhandelszahlen erkennen. Unsere Ausfuhr nach Italien — das 1963 nahezu ein Zehntel unseres Gesamtexports abgenommen hatte — ging im 2. Halbjahr 1964 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit um 8 vH und im Durchschnitt der Monate Juli und August sogar um gut ein Viertel zurück. Andererseits verbesserte sich vor allem das Geschäft mit Großbritannien und den USA, übrigens auch mit den Ostblockstaaten. Im ganzen rechnen die Industrieunternehmer jedenfalls, wie eine Befragung ergab, für die nächsten Monate mit einem weiterhin guten Exportgeschäft. Diese Erwartungen werden durch die Statistik der Auftragseingänge bestätigt. Die *Auslandsbestellungen* bei den Industriefirmen haben in den letzten Monaten zwar nicht mehr so stark zugenommen wie die Aufträge aus dem Inland, aber die Zuwachsraten betragen immerhin noch 12 vH im 2. Vierteljahr und 9 vH im August 1964.¹⁾

1) Dieser Bericht wurde am 17. Oktober 1964 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über den Außenhandel sowie über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum August 1964 vor.

Vermutlich haben sich auch die Unternehmer nicht mehr um jede Hereinnahme ausländischer Bestellungen bemüht, weil ihre Kapazitäten ohnehin zur Zeit ausgelastet sind und weil die *Auftragseingänge aus dem Inland* stark zunehmen, im Zeitraum April bis Juli 1964 z. B. um 17 vH gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum; das mit + 7,6 vH niedrigere Augustergebnis kann durch die Urlaubszeit beeinflußt sein. Bemerkenswert ist, daß sich die inländische Nachfragebelegung annähernd auf die gesamte Industrie erstreckt. Das gilt nicht zuletzt für die Verbrauchsgüterindustrie; offensichtlich erhöht der Handel seine Lagerbestände nicht nur wegen des bevorstehenden Weihnachtsgeschäftes, sondern auch in Erwartung einer konjunkturellen Ausweitung des privaten Verbrauchs. Ganz allgemein trifft die Feststellung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (in dessen Mitteilungen, H. 8/9 1964, S. 165) zu, wonach „Handel und Erzeuger auf die mit der konjunkturellen Belegung zwangsläufig wachsenden Lieferfristen mit einem Vorziehen ihrer Auftragsvergabe“ reagieren. „Das industrielle Auftragsvolumen wächst in der Phase des anlaufenden Konjunkturaufschwungs nach dem Rückgriff auf die Läger nicht nur aus dem Bedarf aus erweiterter Produktion und größerer Konsumentennachfrage, sondern auch zunehmend aus vorsorglichen Unternehmerdispositionen. Sobald verlängerte Lieferfristen drohen, werden die Aufträge vorgezogen ...“

Ganz offensichtlich dürfte wichtigste Ursache für die sehr gute *Stahlkonjunktur* das Bedürfnis der Kunden sein, ihre Vorratslager aufzufüllen, denn die Zunahme der Auftragseingänge ging weit über den Anstieg des Stahlverbrauchs hinaus. Selbst im Vergleich mit dem bisher besten Jahr für die Stahlindustrie (1960) lagen die Auftragseingänge im Durchschnitt der Monate Januar bis August 1964 noch um 22 vH höher, wobei die Aufträge aus dem Inland um 20 vH, die aus den anderen EWG-Ländern aber um 47 vH anstiegen. Die *Auftragsbestände* der Walzwerke nahmen binnen Jahresfrist um rund 2 Mill. Tonnen auf 5,4 Mill. Tonnen Ende August zu und entsprechen damit annähernd einer Vierteljahresproduktion. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß die Kluft zwischen der Entwicklung der Auftragseingänge und der des Stahlverbrauchs künftig wieder geringer wird. Zudem wirken sich auch für die Stahlindustrie die konjunkturdämpfenden Maßnahmen in anderen EWG-Ländern aus. Nachdem die Auftragseingänge der Walzwerke im 1. Vierteljahr um 40 vH und im 2. Vierteljahr immer noch um 28 vH angestiegen waren, konnten im Juli und August nur noch Zuwachsraten von 8 bzw. 10 vH verzeichnet werden.

Die große Nachfrage nach Investitionsgütern macht sich in erster Linie im *Maschinen-*

bau bemerkbar. Dort konnten die Unternehmen im 2. Vierteljahr 18 vH, im Juli 26 vH und im August 16 vH mehr Aufträge verbuchen als in den gleichen Vorjahrszeiträumen. Dabei war die Nachfrage • nach maschinellen Ausrüstungen für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie besonders stark. Im Aufschwung tragen diese Industriebereiche selbst entscheidend zur Investitionskonjunktur — und auch zu ihrer Überhitzung — bei; umgekehrt wird in diesem Bereich meist die Flaute eingeleitet.

Industrieproduktion um 8 vH höher

Es gibt gegenwärtig nur wenige Industriebranchen, in denen die Produktion stagniert oder gar rückläufig ist; alle übrigen sind von der Dynamik des konjunkturellen Aufschwungs erfaßt. In der gesamten Industrie wurden im Durchschnitt der Monate Juli und August 1964 gut 8 vH und im 2. Vierteljahr fast 7 vH mehr Güter produziert als ein Jahr zuvor. Dabei hatte die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit rund 12,5 vH bzw. 11,5 vH die höchsten Zuwachsraten, während das Produktionswachstum in der Investitionsgüterindustrie dem Durchschnitt entsprach und in der Verbrauchsgüterindustrie im August eine leichte Abschwächung zu verzeichnen war. Zu den Spitzenreitern gehören die Stahlindustrie, die in dem Zeitraum April bis August 1964 nahezu ein Fünftel mehr produzierte als im gleichen Vorjahrszeitraum, ferner die chemische Industrie, die Mineralölverarbeitung und seit dem Sommer die elektrotechnische Industrie.

Die vorhandenen Produktionskapazitäten sind zu knapp 90 vH ausgelastet, wie eine Umfrage ergab. Das ist zwar eine gute, jedoch keineswegs übermäßige Ausnutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten. Abgesehen davon, daß die Produktionsmöglichkeiten infolge der Investitionstätigkeit selbst laufend größer werden, setzt der Arbeitskräftemangel einer noch stärkeren Ausnutzung enge Grenzen. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie stieg im 2. Vierteljahr 1964 im Vergleich zum 2. Vierteljahr 1963 nur um 0,3 vH an. Allerdings gab es innerhalb der Industrie Verschiebungen zu den Wachstumsindustrien hin. Der Schwerpunkt des Arbeitskräftebedarfs lag in den letzten Monaten in der Eisen- und Metallerzeugung. Insgesamt waren bei den Arbeitsämtern Ende September 670 000 offene Stellen gemeldet, während die Zahl der Arbeitslosen 100 000 betrug; ein großer Teil von ihnen dürfte allerdings nur bedingt arbeitsfähig sein. Fast eine Million Ausländer arbeiteten Ende September in der Bundesrepublik, davon allein ein Drittel in der Eisen- und Metallerzeugung und je ein knappes Viertel in der Bauwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe. Rund 30 vH der ausländischen Arbeitskräfte kommen aus Italien, 15,5 vH aus

Griechenland, 15,2 vH aus Spanien und 8,6 vH aus der Türkei.

Tendenzumschwung im Außenhandel

Während im August 1964 sogar weniger ausgeführt wurde als ein Jahr zuvor, steigt die Einfuhr — mit Zuwachsraten von 12 vH im Juli und 8 vH im August — weiterhin beträchtlich. In der amtlichen Statistik wird allerdings die Einfuhr von Rüstungsmaterial nicht gesondert ausgewiesen. Infolgedessen ergibt sich über die Einfuhr von kommerziellen Waren kein klares Bild, auch dann nicht, wenn gelegentlich die Zuwachsrate der kommerziellen Fertigwareneinfuhr genannt wird, denn dabei handelt es sich um eine globale Zahl. Dieser Mangel kann zu falschen Urteilen führen. Dafür ist das Ergebnis des 1. Halbjahrs 1964 ein besonders krasses Beispiel: Während nach der amtlichen Statistik die Fertigwareneinfuhr im 1. Halbjahr 1964 um etwa 1 vH niedriger war als im 1. Halbjahr 1963, nahm die Einfuhr von kommerziellen Fertigerzeugnissen um 14 vH zu. Solch eine große Differenz, die natürlich auch das Ergebnis der Gesamteinfuhr beeinflusst, dürfte zwar im Juli und August nicht bestanden haben, aber auch hier ist eine Verzerrung des Bildes durch die Rüstungseinfuhren nicht ausgeschlossen, denn für August gibt die Statistik eine Zunahme der Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen um nur 1 vH an. Nicht verzerrt ist dagegen der schwache Anstieg der Nahrungsmitelefuhren. Ein starker Zuwachs ist bei der Einfuhr von Halbwaren und Fertigwaren-Halberzeugnissen zu verzeichnen. Hier hat die Ausweitung der Produktion zu einer erheblichen Bedarfserhöhung geführt. Bei manchen Produkten dieser Art dürfte allerdings ebenso wie bei bestimmten Rohstoffen auch die Absicht, Preissteigerungen auf den internationalen Märkten vorzuzukommen, ein entscheidender Grund für die verstärkte Einfuhr sein.

Die Beruhigung der Exportkonjunktur bei nach wie vor hohen Einfuhrzunahmen hat zu einem rapiden Rückgang der Ausfuhrüberschüsse geführt. Von dem Höchststand im Februar mit 916 Mill. DM ging der Ausfuhrüberschuß auf 226 Mill. DM im Juli und sogar nur 126 Mill. DM im August zurück. Es spricht einiges dafür, daß das Augustergebnis ein Zufallsergebnis war, das sich vorerst nicht zu wiederholen braucht.²⁾ Dennoch ist ein Ten-

2) Während des Druckes wurde das September-Ergebnis veröffentlicht. Im September ergab sich mit 332 Mill. D-Mark wieder ein höherer Ausfuhrüberschuß. — In den ersten neun Monaten 1964 wurden Waren im Wert von 42,2 Md. DM eingeführt und für 47,2 Md. DM ausgeführt. Das entspricht einer Zunahme der Einfuhr um 8,6 vH — unter Ausschluß der Regierungskäufe, vor allem an Rüstungsmaterial, sogar um fast 15 vH — und der Ausfuhr um 12,3 vH im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrszeitraum. Der Ausfuhrüberschuß betrug in den ersten neun Monaten 5 Md. DM gegenüber 3,2 Md. DM ein Jahr zuvor.

denzumschwung im Außenhandel deutlich erkennbar. Die Ausfuhrüberschüsse dürften einstweilen nicht wieder Höhen erreichen, die für die Preisstabilität gefährlich werden. Solange die Ausfuhrüberschüsse nicht mehr als einige hundert Millionen DM monatlich betragen, wirken sie nämlich nicht preissteigernd, da die aus ihnen hereinkommenden Devisen-Mehreinnahmen benötigt werden zum Ausgleich der Mindereinnahmen, die im Auslandsreiseverkehr, durch die Überweisung von Gastarbeiterlöhnen, Wiedergutmachungszahlungen, Entwicklungshilfeleistungen usw. entstehen.

Die enorm hohen Ausfuhrüberschüsse waren allerdings nicht die einzige Quelle, aus der zuviel ausländisches Geld in die Bundesrepublik hineinfloß. Ein zweiter Gefahrenherd für die Preisstabilität bestand in dem Hereinströmen ausländischen Kapitals, das die für die Investitionsfinanzierung verfügbaren Mittel in unerwünschtem Maße vergrößerte. Dieses Auslandskapital wurde seit dem Frühjahr durch einschränkende Maßnahmen der Bundesbank erfolgreich abgewehrt. Von der Bundesregierung wurde damals außerdem die Einführung einer 25prozentigen Kapitalertragsteuer für die Zinserträge deutscher Wertpapiere, die sich im Besitz von Ausländern befinden, angekündigt. Obwohl diese Steuer bis heute noch nicht in Kraft getreten ist, hat allein schon die Ankündigung im gewünschten Sinne gewirkt. Seit dem Frühjahr hat sich jedenfalls der Nettokapitalzustrom aus dem Ausland in einen Nettokapitalabfluß verwandelt. Daran liegt es, daß der Bestand der Bundesbank an Gold und Devisen trotz der enormen Ausfuhrüberschüsse im 1. Halbjahr 1964 von 30,7 Md. DM Ende Februar auf 29,9 Md. DM Ende August zurückging.

Die Preise steigen wieder stärker an

Zum ersten Mal seit Jahren sind die industriellen Erzeugerpreise stärker angestiegen. Binnen Jahresfrist erhöhten sich die Erzeugerpreise im Durchschnitt der Industrie um 1,5 vH, während sie in den fünf Jahren von 1958 bis 1963 nur um 3,5 vH anstiegen. Die Preiserhöhungen dürften in den seltensten Fällen von den Kosten her verursacht sein, auch wenn die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten ebenfalls steigende Tendenz haben, sondern sie sind vielmehr ein Ausdruck der gestärkten Verkäuferposition auf den Märkten.

Noch mehr als die industriellen Erzeugerpreise haben sich seit einem Jahr die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte erhöht, nämlich um 3,1 vH. In dieser Zuwachsrate sind die Preiserhöhungen dieses Herbstes, vor allem bei Kartoffeln und Gemüse, noch gar nicht enthalten. Das alles hält die Bauernverbände nicht davon ab, ihre wirtschaftliche Si-

tuation zu beklagen, und in einem Brief an den Bundeskanzler glaubt der Präsident des Deutschen Bauernverbandes *Rehwinkel* sich gegen eine Preispolitik wehren zu müssen, „die den Tiefstand unserer landwirtschaftlichen Erzeugerpreise verewigt“. Dieser und zwei weitere Briefe an den Bundeskanzler enthielten ungewöhnlich scharfe Drohungen. So heißt es z. B. in dem Brief vom 12. Juni 1964 u. a.:

„Für mich erhebt sich jetzt die Frage: Kleiner Mann — was nun? Kann ich mit Ihnen ohne eine feste Zusage in der Getreidepreisfrage und ohne eine durchgreifende Verbesserung unserer Wirtschafts- und Lebensbedingungen Arm in Arm weitermarschieren, oder ist es in Anbetracht der heutigen Situation für mich und das Bauertum nicht besser, das Kriegsbeil wieder auszugraben, um unseren Forderungen einen stärkeren Nachdruck zu verleihen? Ein Teil dieser Entscheidung liegt bei Ihnen, aber sie muß bald erfolgen, denn ich habe nicht die Absicht, mich von meinen eigenen Leuten beschimpfen und steinigen zu lassen ... Sie kennen meine Lage. .. Und ich kenne Ihre Situation noch besser, und gerade deswegen verstehe ich nicht, daß Sie so wenig tun, um sich die einzige große geschlossene Kerntruppe des sogenannten Bürgertums zu verpflichten.“

Man stelle sich einmal vor, mit welcher — dann sogar berechtigten — Empörung Bundeskanzler *Erhard* reagiert hätte, wenn er von *gewerkschaftlicher* Seite einen derartigen Brief erhalten hätte! Erhard, der sonst nicht müde wird, gegen den Einfluß der Verbände zu wettern, verurteilte indessen in der Öffentlichkeit mit keinem Wort, daß ihn *Rehwinkel* in ungebührlicher Weise unter Druck gesetzt hat, sondern antwortete sehr milde und erklärte sich zu Gesprächen bereit. Auch hier zeigte sich leider erneut die krasse Kluft zwischen den starken Worten des Bundeskanzlers und seiner schwachen Haltung, wenn es um Entscheidungen geht. Jedenfalls ist das Verhalten Erhards ein Anzeichen dafür, daß die Forderungen der Bauernverbände bei der Bundesregierung weiterhin Gehör finden und daß die preistreibende amtliche Agrarpreispolitik fortgesetzt wird. Dabei könnte die Landwirtschaft wirklich zufrieden sein: Allein in den acht Jahren von 1956 bis 1964 stieg das landwirtschaftliche Arbeitseinkommen nach den Grünen Berichten auf das Zweieinhalbfache. Der Bundeskanzler schreibt in seinem Brief an *Rehwinkel*, daß im Jahre 1962 der Anteil der Subventionen an der landwirtschaftlichen Wertschöpfung nicht weniger als 22,9 vH betragen habe.

Der starke Anstieg der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wirkt weiter auf die Einzelhandelspreise der Lebensmittelgeschäfte, die sich von August 1963 bis August 1964 um 4,6 vH erhöhten, und auf den Preisindex für die Lebenshaltung, bei dem die Nahrungs- und Ge-

nußmittelpreise im gleichen Zeitraum um 3,9 vH anstiegen. Das ist überdurchschnittlich, denn der gesamte Preisindex erhöhte sich binnen Jahresfrist um 3,1 vH. An der Spitze des Preisauftriebs standen die Wohnungsmieten, die im Durchschnitt um 6,2 vH höher lagen als ein Jahr zuvor. Hier wirkt sich die Aufhebung der Mietpreisbindung in den „weißen Kreisen“ aus.

In den letzten Monaten sind übrigens eine Reihe von Preisbindungen der zweiten Hand

zusammengebrochen, z. B. bei Schokoladen und Spirituosen. Dabei hat sich gezeigt, wieviel Spielraum für Preissenkungen so mancher Markenartikel enthält: Die Preise ermäßigten sich um 15 vH, 20 vH und häufig sogar bis zu 30 vH. Dennoch weigern sich Bundesregierung und Regierungsmehrheit, die Preisbindung der zweiten Hand generell aufzuheben. Infolgedessen muß der Verbraucher weiterhin für viele Waren überhöhte Preise bezahlen.

Günter Pehl